

der 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses - **öffentlicher Teil** - am Donnerstag, dem 22.01.2026, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

AfD-Kreistagsfraktion

Göring-Kube, Antje
Philipp, Heiko
Senftleben, Thomas

CDU/FDP-Fraktion

Tanzmann, Frank
Weiß, Torsten
Hurraß, Tim

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Eißing, Mandy

Fraktion STARKE HEIMAT

Quellmalz, Lars

Anerkannte Träger der freien Jugendhilfe

Dorsch, Nikolaus, Dr.
Keiner, Dirk
Kriesche, Andreas
Schulze, Cornelia
Werner, Uwe

beratende Mitglieder

Eberhardt, Anja
Just, Frank
Kießhauer, Jonas
Kittel, Antonia
Meißner, Katrin
Melzer, Uwe
Nebel, Carla
Resche, Denise, Dr.
Unger, Chris
Zippel, Ursula, Dr.

anwesend bis 18:15 Uhr

Vertretung für Herrn Steve Meinold

Vertretung für Frau Julia Kretschmann

Fachdienstleiter

Etzold, Loreen
Heiner, Jens
Trübger, Jörg

Schriftführung

Hammermüller, Claudia

weitere Teilnehmer

Hübsch, Sebastian
Schmeißer, Franziska
Trommer, Tina

Gast

Peter Weiße, Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses

Abwesend waren:SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Bretzmann, Max entschuldigt

Anerkannte Träger der freien Jugendhilfe

Schnoor, Anja-Maria entschuldigt

beratende Mitglieder

Dreyer, Madeleine unentschuldigt

Fischer, Alexander entschuldigt

Hirsch, Maria entschuldigt

Kalder, Felix unentschuldigt

Kretschmann, Julia entschuldigt

Meinold, Steve entschuldigt

Melzer, Martin unentschuldigt

Michalsky, Carina entschuldigt

Schöppe, Claudia unentschuldigt

Schrauber, Anne, Richterin am

Amtsgericht

Strahlendorf, Andreas entschuldigt

Weber, Noah unentschuldigt

Wiegand, Johann-Mathis entschuldigt

Vorsitz: Frank Tanzmann

Schriftführung: Claudia Hammermüller

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Tanzmann, eröffnet die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|---|--|-----------------|
| 1 | Informationen, Allgemeines | |
| 2 | Anfragen an den Jugendhilfeausschuss | |
| 3 | Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren zur
Auswahl von Modellregionen „Inklusion“ in den Bereichen
der §§ 11–13 SGB VIII | V-JHA/0029/2025 |

TOP 1 Informationen, Allgemeines

Herr Melzer informiert den Ausschuss darüber, dass aktuell kein Haushalt vorliegt. Dieser soll am 4. Februar 2026 beschlossen werden. Weiterhin präsentiert sich der Landkreis auf der Grünen Woche in Berlin.

Herr Just erläutert zum Ersten, dass die Ergebnisse der Copsy-Studie vorliegen, (dies kann im Bundesgesundheitsblatt 2025 nachgelesen werden). Hierbei geht es um die psychische Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie.

Als Zweites verliest Herr Just Auszüge aus der Bundesstatistik zu den Kindeswohlgefährdungen. Hierzu gab es einen Presseartikel mit dem Inhalt, dass sich die Kindeswohlgefährdungen auf einem neuen Höchststand befinden. Im Landkreis entwickeln sich die Zahlen eher abnehmend: 2023 189 Kindeswohlmeldungen, 2024 147 Kindeswohlmeldungen und 2025 ca. 128 Kindeswohlmeldungen. Dies hat möglicherweise mit den präventiven Angeboten, wie dem Jugendförderplan zu tun. Falls dies detaillierter vorgestellt werden soll, ist die Verwaltung gern bereit dies vorzubereiten.

Und als drittes informiert Herr Just über den Steckbrief zum Kinderrechte-Index 2025. Dies wurde allen Mitgliedern ausgeteilt, um eventuell im Landkreis Impulse zu schaffen.

TOP 2 Anfragen an den Jugendhilfeausschuss

Es gibt keine Anmerkungen.

V-JHA/0029/2025

TOP 3 Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren zur Auswahl von Modellregionen „Inklusion“ in den Bereichen der §§ 11–13 SGB VIII

Herr Hübsch gibt eine kurze Einstimmung zum Thema.

Herr Peter Weiße, Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses, stellt die Präsentation zum TOP vor. Ihm wird einstimmig das Rederecht erteilt.

Frau Eißing fragt, was Herr Weiße mit Ressourcenbindung meint und ob es sicher ist, dass die Fachstelle von Erfurt finanziert wird.

Herr Weiße bestätigt die Finanzierung der Stelle für 2 Jahre, da es einen aktuellen Landeshaushalt gibt. Zur zweiten Frage antwortet er, wenn man sich als Modellregion bewirbt, muss man sich im Klaren sein, dass sich damit Arbeitsschwerpunkte ergeben, auch im Hinblick auf die aktuelle Haushaltssituation. Man muss abwägen, ob man durch den größeren Arbeitsaufwand andere Sachen liegen lässt. Auf jeden Fall sollten die Träger ein Stück von Anfang an mitgenommen werden. Und diesen Punkt des Aushandelns muss man Vorort leisten.

Herr Weiße bemerkt, es heißt auf jeden Fall Veränderung.

Herr Tanzmann ergänzt, dass das große Thema, was uns aktuell beschäftigt, die Personalkosten insgesamt sind und hier werden wieder Personalressourcen gebunden. Aber wenn wir uns unseren Jugendförderplan anschauen, ist Inklusion eine Aufgabe, die wir uns selbst gestellt haben. Das muss die Verwaltung sowieso machen. Und die Verwaltung sieht in dieser Fachstelle die Chance, sich fachliche Unterstützung zu holen.

Herr Just schließt sich dem Gesagten von Herrn Tanzmann an. Er glaubt, die Ressourcen die hineingegeben werden, müssen sowieso hineingegeben werden. Er erinnert an die AG "Inklusion". Also jede Beratung bindet natürlich Ressourcen. Das Thema fußt aber auf gesetzlichen Regelungen, die uns eigentlich verpflichten, dies umzusetzen. Wenn wir uns tatsächlich als Modellregion bewerben und ausgewählt werden, bedeutet es aber, dass wir diese Kraft auch einsetzen. Herr Just möchte gern die Rahmenbedingungen nehmen, um tatsächlich an diesem Thema zu arbeiten. Wir haben durch den Jugendförderplan und die Verwaltung gute Voraussetzungen dafür. Und deswegen möchten wir auch, dass der JHA sich dazu äußert.

Herr Weiß findet, das Thema kann eigentlich nur unterstützt werden. Er möchte aber wissen, wie groß die Chancen sind, Modellregion zu werden.

Herr Weiße sagt, dass insgesamt 1/3 der Jugendämter Interesse bekundet haben. Das sind 7 Jugendämter und 2 werden ausgewählt. Aber es muss geschaut werden, ob da nochmal justiert wird. Aber das weiß er aktuell nicht.

Herr Philipp fragt nach, falls das Modellprojekt in den Landkreis kommt, ob dann die Flexibilität bei der Umsetzung weg und an einen gewissen Zeitplan gebunden ist.

Herr Just antwortet darauf, dass er die Flexibilität nicht als Flexibilität beschrieben hat, sondern als Zeitrahmen, den wir dann nicht haben. Also wir sind dann eigenverantwortlich in der Umsetzung. Und wir finden dann möglicherweise bestimmte Dinge, welche wir in der Themabearbeitung nicht stemmen können. Hier haben wir einen Rahmen, woran wir uns orientieren können. Und Flexibilität bedeutet, innerhalb der 1 ½ Jahre in der Umsetzung, da wir gemeinsam was entwickeln. Zeitlich ist es tatsächlich so, wenn wir sagen, im Rahmen dieser 1 ½ Jahre als Modellregion ist dann Ende. Wir könnten zum Beispiel sagen, wir brauchen für diesen Zeitraum 4 Jahre. Der Gesetzgeber sagt aber jetzt schon aus, eigentlich haben wir das heute schon umzusetzen.

Herr Philipp fragt, ob es durch die "Deadline" doch zum Aufbau der Ressourcen kommen kann.

Herr Just sagt, dass wir 2 Jahre Unterstützung bekommen. Und wir sind jetzt im Bereich Kita in einem Prozess drinnen, wo man merkt, wie mühselig es ist das Thema Inklusion zu bearbeiten. Wir stoßen an unsere Grenzen und sind permanent am Schauen, wie wir Lösungsansätze hinbekommen. In diesem Bereich wäre es dann so, dass wir uns einer Fachstelle bedienen könnten, die uns begleitet und mit uns gemeinsam die Schritte geht und die Vernetzung rechtskreisüberschreitend und regional mitgestalten kann. Es ist nicht damit gemeint, Personal einzustellen sondern mit den bestehenden Ressourcen, die wir haben, das Thema zu bearbeiten, damit wir den Rechtsanspruch umsetzen.

Herr Philipp möchte den Verantwortlichen wissen, der die zusätzliche Ressource dafür mitbringt.

Herr Just verweist auf die Ausführungen. Letztendlich geht es aktuell nicht darum, Ziele umzusetzen. Wir formulieren gemeinsam die Ziele, die wir in den nächsten 2 Jahren erreichen wollen. Wir können dadurch jetzt nicht davon reden, was passiert, wenn wir die Ziele nicht erreichen, welche wir noch nicht formuliert haben. Möglicherweise können wir hier im JHA festlegen, das sind die Ziele, welche wir gedenken zu erreichen. Damit es nicht zu dem Szenarium kommt, wir können die Ziele nicht erreichen.

Herr Tanzmann verweist darauf, dass diese Fachstelle eher eine Unterstützung für die Verwaltung ist, da ein gesetzlicher Auftrag erfüllt werden soll.

Herr Senfleben findet, dass Inklusion ein sehr heikles Thema ist und er ist davon überzeugt, dass die Verwaltung von der Kompetenz und fachlichen Eignung gut unterwegs ist. Er erinnert an die gestrige Haushaltsklausur und daran, Personalkosten im FB 2 einzusparen. Es wurde festgestellt, dass der FB keinerlei Einsparmöglichkeiten hat, sodass Ressourcen für weitere Aufgaben nicht vorhanden sind. Und er hat als Kreistagsmitglied eine Verantwortung gegenüber dem Haushalt.

Herr Kriesche möchte Ressourcen heben, die wir noch gar nicht kennen. Und das hat möglicherweise was mit Haltung innerhalb der Jugendhilfe zu tun. Er erlebt das im täglichen Umgang mit jungen Menschen, wenn Fachkräfte zusammenkommen und mit ihrem Latein am Ende sind. Und allein schon durch die Begegnung, einem jungen Menschen auf seinem Lebensweg ein Stückchen weiterzuhelfen.

Herr Melzer gibt zu bedenken, dass wir diese Aufgabe sowieso zu klären haben. Und hier geht es eigentlich nur darum zu Netzwerken, von anderen mitzulernen sowie zu sensibilisieren. Und vielleicht kommt Ende 2027 doch heraus, dass wir im Rahmen der Inklusion Dinge anders aufbauen müssten, wo am Ende eventuell etwas Positives herauskommt und wir gegebenenfalls Ressourcen einsetzen müssen, die aber frühestens ab 2028 kommen. Bis dahin sind wir Modellregion und vielleicht werden wir

uns auf dem Weg, den wir gehen, bestätigt sehen. Und es wird dafür kein zusätzliches Personal geben, da wir diese Aufgabe mit unseren Fachdiensten realisieren.

Herr Dr. Dorsch macht als freier Träger ganz deutlich, dass er das mit sehr großem Wohlwollen gehört hat. Und er hat nicht vor, zusätzliches Personal dafür einzustellen oder die Kostensätze zu erhöhen. Er findet, es ist ein wichtiger Ansatz, da Inklusion nicht mit dem Modellprojekt beginnt, sondern täglich geübte Praxis sein muss. Er sieht hier die Chance und er findet, wir haben eine gute Struktur. Und er versteht die Diskussion nicht so ganz, warum man über den Haushalt redet. Denn es geht hier um eine interne lokale und überregionale Entwicklung im Bereich der Inklusion. Herr Dr. Dorsch möchte bei dem Modellprojekt als Träger mitmachen und er freut sich, wenn es klappt.

Die Zustimmung für diese Vorlage wird gegeben.

Beschluss Nr. 27:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass sich der Träger der öffentlichen Jugendhilfe am Interessenbekundungsverfahren des Landesjugendring Thüringen e. V. zur Auswahl von Modellregionen „Inklusion“ in den Bereichen der §§ 11 - 13 SGB VIII beteiligt. Der Jugendhilfeausschuss wird über den Ausgang des Interessenbekundungsverfahrens informiert.

Abstimmungsergebnis:

Von den 15 beschließenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses waren zur Abstimmung 13 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen gefasst.

Altenburg, den 27. April 2026

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Frank Tanzmann
Ausschussvorsitzender

Claudia Hammermüller
FD Allgemeiner Sozialer Dienst